



„Mit einer Hand kann man nicht klatschen.“

(Karibisches Sprichwort)

Die „Budapest-Treffen“ zwischen 1975 und 1982 – ein Kapitel „Ost-Politik“ des Ökumenischen Rates der Kirchen

VON JOHANNES ALTHAUSEN

Im Bericht der Sechsten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Vancouver 1983 ist protokolliert: „In der Zeit von 1977 bis 1983 ließen sich bedeutsame Verbesserungen in den Beziehungen zu Mitgliedskirchen in Osteuropa und anderen Regionen feststellen. Die Erfahrung in Osteuropa hat sich als wertvoll für die geistliche Bereicherung und die größere Bewusstheit von Leben und Handeln der Kirche sowie im Hinblick auf gegenseitige Unterstützung erwiesen. Angesichts dieser Erfolge erkennen wir, wie wichtig es ist, regelmäßig Regionalkonsultationen durchzuführen und auch Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch unter Mitgliedskirchen in verschiedenen Lebensumständen zu schaffen.“<sup>1</sup>

35 Jahre nach Gründung des ÖRK und 22 Jahre nach Aufnahme der osteuropäischen Orthodoxie in den Rat muss ausdrücklich von der Vollversammlung festgestellt werden, was eigentlich selbstverständlich ist. Die hier genannten Beziehungen waren und sind immer auffallend sensibel. In der Zeit der Ost-West-Konfrontation werden sie besonderen Spannungen ausgesetzt. Die Begegnungen, die als „Budapest-Treffen“ bezeichnet werden, stellen ein Kapitel ökumenischer „Ostpolitik“ dar, das weithin nicht genügend bekannt ist. Im folgenden soll versucht werden, diese Begegnungen osteuropäischer Kirchenführer im Zusammenhang darzustellen. Viele Einzelheiten und Hintergrundinformationen lassen sich heute nicht mehr aus Dokumenten belegen. Um so wichtiger könnten Zusammenhänge und Erklärungsversuche sein, die sich aus den an den Konferenzen direkt oder indirekt beteiligten Zeitzeugen erschließen.

1. Mitte Oktober 1975, sechs Wochen vor Beginn der 5. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi, fahren einige der von den DDR-Kirchen benann-

ten Teilnehmer der Vollversammlung zu einer Vorbesprechung nach Budapest. Sie sind dazu vom Vorsitzenden des ÖRK in Ungarn, Bischof Dr. Bartha, eingeladen. Die Gesprächspartner aus der DDR sind: Oberlandeskirchenrat Ulrich von Brück, Generalsuperintendent Dr. Gottfried Forck, Frau Christa Grengel und Oberkirchenrat H. Mitzenheim.<sup>2</sup> Die Reise nach Budapest scheint zu diesem Zeitpunkt für die leitenden Instanzen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) wichtig gewesen zu sein. Das zeigt die relativ „hochrangige“ Besetzung der Reisegruppe.

Von Brück war Bevollmächtigter der Aktion „Brot für die Welt“ und so auch insbesondere an der Verwirklichung des Antirassismus-Programms in der DDR beteiligt. In seiner Person würde ein wesentlicher Beitrag der DDR-Kirchen für die ökumenische Bewegung präsent sein. Forcks Beitrag würde sicher die theologische Vorarbeit der Vollversammlung vertiefen helfen, hatte er sich doch in der DDR ausführlich zu dem Gesamthema „Jesus Christus befreit und eint“ in einer Auseinandersetzung mit einem gewagten Referat von Dr. Michael Knoch hervorgetan. Frau Grengel war Referentin im Bundes-Sekretariat und dort für die Kommission „Zeugnis und Gestalt der Gemeinde“ zuständig. Die hatte sich um das Programm der Gemeindegemeinschaften zum Thema „Heil heute“ (Thema der Weltmissionskonferenz von Bangkok, 1972/73) seit 1971 besonders bemüht und von daher mitteilenswerte Erfahrungen bei der Einbeziehung der Gemeinden in die ökumenische Arbeit gemacht. Außerdem hatte der ÖRK Frau Grengel in einen Vorbereitungsausschuss für die 5. Vollversammlung berufen. Das Bundessekretariat hatte darum entschieden, dass sie auch innerhalb des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) neben OKR Pabst für diese Vorbereitung zuständig sein sollte. Oberkirchenrat Mitzenheim war Leiter des Landeskirchenrates in Eisenach und setzte die Thüringer Tradition der Beziehungen nach Ungarn fort.

Dennoch – so wichtig es gewesen sein mag, die Gespräche aufzunehmen oder fortzusetzen – selbstverständlich waren sie nicht. Nachdem die Einladung aus Ungarn vorlag, hatten Verhandlungen eingesetzt, die vor allem sicherstellen sollten, dass solche multilateralen Kontakte der Kirchen aus den sozialistischen Ländern im Sinne des Ökumenischen Rates lägen und nicht als antagonistische Gruppenbildung missverstanden werden könnten. Die Leitung des BEK war außerdem nicht daran interessiert, dass die Christliche Friedenskonferenz (CFK) einlud. Da im Nachgang zur Weltmissionskonferenz in Bangkok an der Jahreswende 1972/73 von evangelikaler Seite besonders in Amerika und der Bundesrepublik Deutschland

ohnehin separierende Tendenzen in der ökumenischen Bewegung aufzutreten, sollte jeder Verdacht vermieden werden, als würde etwas Ähnliches in Osteuropa versucht.<sup>3</sup> Den Generalsekretär des ÖRK, Philip Potter, erreichte daher die Bitte, die Einladung zu dem Treffen in Budapest auszusprechen.<sup>4</sup> Er entsprach ihr, und auch der Ökumenische Rat der Kirchen in Ungarn war damit einverstanden. Dieser hatte soeben „offizielle“ Beziehungen zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR aufgenommen. Anfang Oktober 1975 weilte eine Delegation des Bundes unter Leitung des Präses des Bundes, Bischof Braecklein, in Ungarn. Bei ihrem Empfang klangen die Probleme noch deutlich an. Aber sie waren gelöst, und so kam es zu der gemeinsamen Nairobi-Vorbereitung drei Wochen später, wenn auch nun wegen der knappen Zeit nur mit einigen der vorgesehenen Delegierten. Ergebnisse werden in den einschlägigen Protokollen nicht erwähnt. Den Aufzeichnungen von Frau Oberkirchenrätin Dr. Gregel aber, die mir diese freundlicherweise zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt hat, ist zu entnehmen, dass in Anwesenheit von Dr. Konrad Raiser eine intensive Arbeit geleistet worden ist, bei der auch ausführlich über die Situation in Afrika gesprochen wurde. Interessant ist auch, dass der Vorsitzende des ÖRK in Ungarn, Bischof D. Tibor Bartha, die Tagung doch in Zusammenhang stellt mit den Kirchenführertreffen in Moskau, die im Zusammenhang mit der dortigen Tagung der Friedenskräfte 1974 stattgefunden hatten. Die Ökumenische Kommission des BEK hatte ihre nächste Sitzung erst nach Nairobi. Da haben sich neue Probleme ergeben.

2. Auch die gemeinsame Nachbereitung der 5. Vollversammlung des ÖRK durch die Delegierten aus den sozialistischen Ländern, die im März 1976 wiederum in Budapest stattfindet, kann nicht ohne Spannungen durchgeführt werden. Wieder geht die Initiative von dem Vorsitzenden des ÖRK in Ungarn, Bischof Bartha, nicht von Genf aus. Diesmal scheint die Einladung von vornherein nicht an den Bund selbst gegangen zu sein. Oberkirchenrat Mitzenheim berichtet im Juni bei einem Treffen der DDR-Teilnehmer der Vollversammlung darüber und betont, dass er privat eingeladen war.<sup>5</sup> Es seien ca. 20 Personen anwesend gewesen und Referate aus der UdSSR, der CSSR, Polen, Ungarn und von ihm selbst gehalten worden. Wichtigstes Ergebnis sei ein Brief an den Zentralausschuss-Vorsitzenden des ÖRK und an den Generalsekretär, in dem intensivere personelle Berücksichtigung der Kirchen aus sozialistischen Ländern in der Arbeit des ÖRK gefordert wurden.<sup>6</sup> Der Brief korrespondiert mit einem Brief der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) an den ÖRK vom Frühjahr 1976.

Beide Schreiben nehmen Bezug auf die Debatten der Vollversammlung in Nairobi, die sich mit den Menschenrechten in der UdSSR beschäftigt haben.<sup>7</sup>

Die Unterzeichnung der KSZE-Akte von Helsinki war erst wenige Monate vorher geschehen. Von ihr ging auch für die Delegierten der 5. Vollversammlung in Nairobi ein hoffnungsvolles Zeichen aus, das zu Entspannung führen und helfen könnte, den Antagonismus zwischen Ost und West zu überwinden. Eine öffentliche Unterstützung war um so wichtiger, als „die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit“ in dem Punkt VII der Grundsätze des Vertragswerkes ausdrücklich erwähnt werden. Der „Weisungsausschuss für Grundsatzfragen III“, in dessen Zuständigkeit die Texte fielen, mit denen sich der ÖRK zu politischen Fragen äußern sollte, legte daher am 8. Dezember 1975 dem Plenum ein Dokument vor, das auf der Basis des entsprechenden Sektionsberichtes konkrete Maßnahmen vorschlägt. Ein Abänderungsantrag zweier Westeuropäer wollte einen besonderen Appell an die Regierung der UdSSR einfügen, in dem diese ausdrücklich aufgefordert wird, Grundsatz 7 der Helsinki-Schlussakte zu verwirklichen. Das löste eine öffentliche Debatte aus, die offensichtlich wesentlich mehr Emotionen enthielt, als es das nüchterne zusammenfassende Protokoll des offiziellen Berichtsbandes wiedergeben konnte. Hintergrund waren die von der Tagungs-Zeitung „Target“ veröffentlichten Briefe und Appelle zweier Angehöriger der Russischen Orthodoxen Kirche, die gegenüber der Regierung und gegenüber den Kirchen in der UdSSR eine Reihe von Vorwürfen, die die Verletzung der Menschenrechte und die Glaubensfreiheit betrafen, erhoben.<sup>8</sup> Sowohl der Leiter der Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) als auch vier Vertreter der Evangeliumschrinden-Baptisten der UdSSR hatten dazu in „Target“ Stellung genommen. Metropolit Juvenali, der Leiter der ROK-Delegation, hat sogar eingeräumt, dass hier wirkliche Probleme zur Sprache gebracht wurden, obwohl er die Absender der Briefe auch kritisch sah. Von ihnen gäbe es auch Vorwürfe gegen die Beteiligung der ROK an der ökumenischen Bewegung überhaupt, die lange zurückreichen und ein Teil einer internen Auseinandersetzung seit 1917 sind. Das Schreiben Juvenalis<sup>9</sup> zeigt deutlich, dass die von den Anklägern ausgelöste Debatte ein Problem ist, das durch Interventionen von außen eher verkompliziert als gelöst werden könnte. Es hat freilich dennoch nicht verhindern können, dass die Diskussion im Plenum aufgegriffen wurde, wenn auch nur anhand eines sehr formalen Zusatzantrages, der aber eben auch als eine direkte Anschuldi-

gung der Regierung wie der Kirche in der UdSSR verstanden werden konnte.

Der geschickten Verhandlungsführung der Vollversammlung war es gelungen, am Ende die Zustimmung für einen Text zu erwirken, der von den Antragstellern der ersten Abänderung akzeptiert und fast auch von den Delegierten der ROK angenommen werden konnte. Jedenfalls wird in dem am Ende verabschiedeten Text zur Helsinki-Erklärung über Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR in einer Länge gesprochen wie zu keiner anderen Situation. Und wer die genannten Passagen des Sektionsberichtes V daneben liest, wird auch feststellen müssen, dass Vorwürfe, wie sie in den Schreiben aus Moskau in „Target“ erhoben wurden, fast wörtlich aufgenommen worden sind, selbst wenn Straße und Hausnummer nicht noch einmal hinzugefügt worden sind. Die konkrete Weiterarbeit wird dann freilich dem Vorsitzenden des Zentralaussschusses und dem Generalsekretär aufgetragen. Sie hätten vor allem zur Vermeidung einer erneuten Anheizung des Kalten Krieges geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Im Grunde ist aber in Nairobi mehr als eine formale Erledigung der Angelegenheit geschehen. Für den aufmerksamen Leser wird das sogar aus dem nüchternen Protokoll erkennbar.

Es enthält z. B. zwei Voten der abschließenden Plenumsdebatte im Wortlaut. Albert van den Heuvel, leitender Mitarbeiter der Hervormde Kerk in den Niederlanden, hatte vorher zu denjenigen gehört, die ein offenes Wort über die Zustände in der UdSSR für nötig hielten. Die inoffizielle und nicht protokollierte Aussprache bei einem zwischengeschobenen Hearing hat bei ihm einen Lernprozess ausgelöst, den er wie folgt beschreibt: „Ich erfuhr, dass wir unseren russischen Brüdern und uns selbst helfen, wenn wir zwischen allgemeinen und besonderen Problemen unterscheiden. Zweitens habe ich erneut gehört, dass wir über Menschenrechte in Osteuropa nicht sprechen können, sofern wir das nicht unmittelbar mit unserem Kampf um Entspannung und unseren gemeinsamen Friedensbemühungen verbinden; dass wir nicht für Menschenrechte in Osteuropa arbeiten können, wenn wir das nicht in einen Kontext brüderlicher Beziehungen stellen und wenn wir nicht eine Sprache des Respekts und der Sympathie mit all den Kirchen wählen, die in einem anderen Sozialsystem Zeugnis ablegen. Ich habe auch erfahren, dass wir nicht über Einzelfälle sprechen können, ohne besser über Untersuchungen informiert zu sein, die in westlichen und östlichen Ländern wenig bekannt sind. Endlich habe ich erfahren, dass wir keine brüderliche Debatte zusammen führen können, wenn wir nicht unsere

Schwachheit beherrschen. In diesem Dokument werden vier Punkte betont: die Unterschiede in der Situation in den verschiedenen Ländern, die Bestätigung, dass die Kirchen nicht schweigen wollen, der Nachdruck auf Beratung und die Anweisung an den Generalsekretär, dass wir an die Arbeit gehen können.<sup>10</sup> Ein Zeugnis für die Lernvorgänge ist auch das Votum des Vertreters der ROK, Vitali Borovoi, der bereits seit etlichen Jahren im Stab des ÖRK mitgearbeitet hatte. Mit einem deutlichen Unterton der Selbstkritik beklagt er vor allem die Atmosphäre, in der die Debatten geführt wurden. Er bezeichnet sie als eine „Mischung aus Hass, Nervosität, Emotion und Uneinigkeit“. Sie sei der eigentliche Grund für die Enthaltung der russischen Delegation bei der Abstimmung. „In einer Atmosphäre der Gleichheit und Brüderlichkeit“ werde die ROK immer wieder in Sachen Menschenrechte mitarbeiten.<sup>11</sup>

Das Ereignis ist nun aber freilich auch auf dem Hintergrund der Ost-West-Spannung zu sehen, und das auch nicht nur im Blick auf die siebziger Jahre, sondern auch im Kontext der Entwicklungen in den Beziehungen der östlichen Orthodoxie zum ÖRK seit den vierziger Jahren. Visser 't Hooft hat in seinen Memoiren berichtet, wie es zu der Absage der ROK und anderer östlicher orthodoxer Kirchen für die I. Vollversammlung des ÖRK in Amsterdam 1948 kam. Dem Absageschreiben aus Moskau sei deutlich zu entnehmen, dass man zu der Absage gezwungen worden sei.<sup>12</sup> Dennoch wird auch der politische Verdacht erhoben, man suche eigentlich so etwas wie eine „imperiale Vormachtstellung des Westens“ zu begründen. So sei auch das Ziel der kirchlichen Einheit, das für die Orthodoxie seit 1920 ein gemeinsames Motiv zur Teilnahme an der ökumenischen Bewegung gewesen sei, nicht mehr wirklich im Visier des ÖRK.<sup>13</sup> Die Memoiren zitieren ausführlich das Dokument, mit dem die Vollversammlung in Amsterdam die Vorwürfe aus Moskau beantwortet. Der ÖRK verfolge rein kirchliche Absichten. Er wolle sich auf keinen Fall politisch betätigen. Solche Abwehrhaltung war dem Generalsekretär vor allem wichtig, weil er die rein kirchliche Zielstellung des ÖRK auch gegenüber einem Abgesandten des amerikanischen Präsidenten habe verteidigen müssen, von dem er im Vorfeld von Amsterdam Besuch bekommen hatte, um so etwas wie eine anti-kommunistische Front der Kirchen im ÖRK unter Einschluss der römisch-katholischen Kirche zu schmieden. Das Buch des ersten Generalsekretärs ist ein Jahr vor Nairobi erschienen. Inzwischen war die ROK seit 14 Jahren Mitglied des ÖRK. Für sie und damit auch für die anderen im ÖRK zusammengeschlossenen Kirchen musste sich die Frage

jetzt schärfer stellen. Die ROK hätte mit dem vorgeschlagenen Abänderungsantrag vor allem ihrer eigenen Regierung gegenüber eine Resolution gutgeheißen, die von dieser als Maßnahme des Klassenfeindes verstanden werden musste.<sup>14</sup> Aber auch die anderen haben prüfen müssen, wie sie angesichts des ideologischen Antagonismus zwischen Ost und West in öffentlichen Erklärungen des ÖRK optimal für die Menschenrechte wirksam sein können.

Eigentlich ist nicht einmal der Vorwurf, der ÖRK spiele das gegen den Osten gerichtete politische Spiel des Westens, entscheidend für die Haltung der ROK. Vielmehr scheint es für deren Delegierte in Nairobi wieder einmal vor allem um die Auseinandersetzung mit der internen, wohl halb illegal lebenden Minderheit innerhalb der Kirche zu gehen. Seit 1917 hat sie der Hierarchie vorgeworfen, durch Kollaboration mit dem Staat die Kirche und die Wahrheit verraten zu haben. Möglicherweise hat diese auch bei der Entscheidung 1948 wesentlich zur Verschärfung des Problems beigetragen. 1961 scheint sie jedenfalls beim Eintritt der ROK in den ÖRK auch wieder heftig aufgetreten zu sein, um die Mitgliedschaft zu verhindern. Die Lage war also in Nairobi offensichtlich viel komplizierter, als sie sich den meisten westlichen Delegierten darstellte. Es wäre – so gesehen – auch für die Sache selbst kontraproduktiv gewesen, die Mitgliedskirche in der UdSSR direkt oder indirekt anzuklagen. Mit ähnlichen Auseinandersetzungen scheint es die ROK auch wieder im Jahre 1998 zu tun zu haben. Der ÖRK, d.h. die Mitgliedskirchen, die mit der Schwesterkirche auf einer Vollversammlung zusammenarbeiten, werden in einer solchen Situation sehr viel Sensibilität aufbringen müssen, um ihre Solidarität mit den orthodoxen Mitgliedskirchen aus Osteuropa angemessen beweisen zu können.

3. Die ersten beiden Treffen in Budapest sind nicht mehr als eine mehr oder weniger verbindliche Verständigung zwischen den Delegierten der 5. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi. Zumindest bei den Kirchen in der DDR haben sie nicht dazu geholfen, eine intensivere Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen den Kirchen in den sozialistischen Ländern Osteuropas künftig für dringend zu halten. Die konfessionellen und historischen Unterschiede wollte man zunächst durch bilaterale Beziehungen besser verstehen und nutzen lernen. Sie wurden mitunter als das wichtigere ökumenische Problem empfunden gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen und den sich hier ergebenden Gemeinsamkeiten. So wird auch bei der erneuten Einladung Bischof Barthas zu einem offiziellen Kirchenführertreffen der Mitgliedskirchen aus den sozialistischen Ländern Ost-

europas anlässlich der Zentralaussschusssitzung des ÖRK im Februar 1977 zunächst mehr Zurückhaltung als Zustimmung erkennbar. Sie wird vor allem von Bischof Hempel geübt. Er ist seit Nairobi Mitglied des Zentralaussschusses und trifft Bartha bei der genannten Sitzung. Die Einladung hat dieser aber mit Generalsekretär Potter abgesprochen. Und so kann Hempel in einem Brief an den Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen des BEK (KKL), Bischof Schönherr, doch zu einer Teilnahme raten, wenn auch mit deutlicher eigener Reserviertheit.<sup>15</sup> Mitte März liegt dann auch das offizielle Einladungsschreiben von Potter vor. Man wolle etwas tun, um die Beziehungen zwischen den Mitgliedskirchen in den sozialistischen Ländern und dem ÖRK aktiver und effektiver zu gestalten. „Ich bin sicher, dass wir in unseren Gesprächen auch bedenken werden, wie der ÖRK ein besseres Instrument für die Zusammenarbeit der Kirchen aus sozialistischen Staaten mit solchen aus den anderen Teilen der Welt werden kann.“<sup>16</sup> Für den ÖRK kann es nicht – wie aus dem Schreiben deutlich hervorgeht – um Repräsentanz gehen, sondern nur darum, den Reichtum und die Erfahrungen aller Kirchen für alle nützlich zu machen.

Vom 29. bis 31. März 1977 treffen die ca. 40 leitenden Persönlichkeiten aus den Mitgliedskirchen in den sozialistischen Ländern in Osteuropa mit dem Vorsitzenden des ÖRK-Zentralaussschusses, Erzbischof Scott (Kanada), dem Generalsekretär Potter und seinem Stellvertreter Konrad Raiser in Budapest zusammen. Aus der DDR nehmen Bischof Schönherr, der Vorsitzende des BEK, Bischof Krusche/Magdeburg, Oberlandeskirchenrat von Brück/Dresden und Oberkirchenrätin Lewek vom Sekretariat des Bundes teil. Dass diese Vertretung nun doch sehr repräsentativ ist, wird vermutlich dem Umstand zu danken sein, dass nicht nur andere Kirchen, sondern auch der ÖRK selbst von seinen wichtigsten leitenden Persönlichkeiten vertreten ist.

Die Begegnung wird später als „Budapest I“ bezeichnet. Man wird nicht umhin können, sie im Zusammenhang mit den vorhergehenden Treffen der Nairobi-Delegierten zu sehen. Alle Quellen bestätigen, dass die Intentionen der Gastgeber dabei die gleichen waren. Dennoch war deutlich, dass 1977 ein neuer Anfang gemacht werden sollte. Dementsprechend ist auch das Aide Memoire zu lesen, das auf Vorschlag Potters am Ende der Konferenz veröffentlicht wurde. Es ist eine gemeinsame Sache. Die Mitgliedskirchen stehen nicht als die Fordernden den Partnern in Genf gegenüber. Es ist aber auch nicht nur ein Protokoll, sondern führt die Beteiligten in gemeinsamen Überlegungen zusammen und verpflichtet sie so, die gewon-

nenen Erkenntnisse umzusetzen und an ihnen weiter zu arbeiten. In dem dreiteiligen Dokument<sup>17</sup> wird zunächst der Versuch gemacht, eine gemeinsame Standortbestimmung der Kirchen in den sozialistischen Ländern Osteuropas zu formulieren. Man versteht dies als „kontextuelle theologische Reflexion“ und fügt sich damit in den ökumenischen Diskurs der siebziger Jahre gut ein. Selbstverständlich müssen konfessionelle Unterschiede und historische Entwicklungen besonders berücksichtigt werden. Was die Kirchen aber verbindet, ist die Tatsache, dass sie die Aufgaben in der gesellschaftlichen jeweiligen Umgebung positiv gestalten wollen. „Die Kirche hat einzig und allein die Aufgabe, allen Menschen das Evangelium zu verkündigen und sie näher zu Gott zu führen, der Ursprung und Ziel ihres Daseins ist.“ Zumindest in drei Leitmotiven erkennen die teilnehmenden Kirchen dabei einander auf einem gleichen Wege: In einer bußfertigen Grundhaltung der Geschichte und den Menschen gegenüber, in der Bereitschaft zum Dienst und in der Erkenntnis, „auf die Macht des Evangeliums von Jesus Christus zurückgeworfen“ zu sein. Dass es zu solchen gemeinsamen Formulierungen gekommen ist, darf sicher nicht überschätzt werden. Dennoch sollte im Nachhinein auch darauf hingewiesen werden, dass mit dem Dokument auch ein ökumenischer Schritt nach vorn gelungen war. Dass dabei gerade auch die Vertreter aus der DDR mitgeholfen haben, ist einer mündlichen Bemerkung von Oberkirchenrätin Lewek zu entnehmen.

Im zweiten Teil des Dokuments werden die Punkte genannt, an denen die beteiligten Kirchen besondere Aufmerksamkeit für die Programme des ÖRK zum Ausdruck bringen wollen. Dadurch soll erreicht werden, dass die Stimme Osteuropas deutlicher zu hören ist. Im Vordergrund stehen vor allem die theologischen Programme der Abteilung Faith and Order, aber interessanterweise auch das Programm für den Dialog mit Religionen und Weltanschauungen und alle Probleme, die Fragen der christlichen Spiritualität behandeln. Ein anderer Schwerpunkt nimmt die politischen Fragestellungen auf und nennt die Rolle der transnationalen Konzerne, die Weltwirtschaftsordnung, die Militarismus-Studien des ÖRK und die Diskussion über die Menschenrechte. Dass das Thema Bildung oder die Studie des ÖRK über die Gemeinschaft von Frauen und Männern dann auch noch genannt werden, sollte nicht übersehen werden.

Zu diesem Abschnitt des Dokuments ist im Genfer Stab während des Sommers 1977 eine Stellungnahme ausgearbeitet worden.<sup>18</sup> Sie kann eine Reihe von Aktivitäten aufzählen, die zeigen, dass die Bereitschaft zu entsprechender Zusammenarbeit durchaus vorhanden ist. Sie geht aber nicht

auf die politischen Prioritäten des Aide Memoire ein und nimmt auch das Problem der Spiritualität nicht ausdrücklich auf.

Im dritten Teil des Budapester Dokumentes werden dann die Repräsentations- und Kommunikationsfragen benannt. Außer dem Wunsch nach mehr Berücksichtigung osteuropäischer Vertreter bei Berufungen in den Stab und die Arbeitsausschüsse wird hier vor allem auch die Art der Berichterstattung über die Kirchen in Osteuropa beleuchtet. Der ÖRK sollte mehr darauf achten, dass solche Berichterstattung von den Betroffenen selbst kommen oder zumindest gutgeheißen werden kann. So selbstverständlich ein solcher Wunsch heute nach 25 Jahren klingen mag, – es gab gute Gründe, diese Dinge auszusprechen. In der Mitte der siebziger Jahre sind weite Teile Nordamerikas oder Afrikas über das kirchliche Leben in Osteuropa fast ausschließlich durch Berichte sog. „verfolgter Kirchen“<sup>19</sup> informiert worden. Das Genfer Büro für Kommunikation hat dies offensichtlich besonders aufmerksam gelesen. Die Zusammenstellung vom Sommer 1977 stellt ein Seminar für osteuropäische kirchliche Kommunikationsmitarbeiter für 1978 in Aussicht. Trotzdem wird das nächste Budapest-Treffen 1980 dieses Defizit erneut benennen.<sup>20</sup>

Ökumenische Tagungen kann man nie nur auf Grund von Dokumenten beurteilen. Festzustellen aber ist für Budapest I, dass der ÖRK in Genf das Gesetz des Handelns eindeutig in der Hand behielt. Eine „Ost-Ökumene“ konnte sich so nicht bilden. Ob und wie seine Bemühungen um mehr ökumenische Gemeinschaft, die von der Tagung ausgingen, nun allerdings in den Kirchen und Staaten Osteuropas aufgenommen und zum Tragen gekommen sind, lässt sich auch nicht leicht nachweisen. Die Sorge oder Kritik aber mancher westlichen Stimme der siebziger Jahre, der ÖRK wäre zu „ostlastig“, war auch mehr vom Standpunkt des Betrachters her begründet als von den Genfer Aktivitäten selbst.

4. Als im letzten Quartal des Jahres 1979 zur nächsten Zusammenkunft der leitenden kirchlichen Persönlichkeiten aus den sozialistischen Ländern nach Budapest eingeladen wird, scheint es über Sinn und Aufgabe eines weiteren Budapest-Treffens keine Frage mehr zu geben. Nicht nur, dass diese Begegnung im Unterschied zu der ersten in den Akten des BEK vollständig dokumentiert ist.<sup>21</sup> Offensichtlich unproblematisch ist diesmal auch die Teilnahme von Landesbischof Hempel/Dresden, der noch in seinem Schreiben vom Februar 1977<sup>22</sup> gefragt hatte, ob Schönherr teilnehmen wolle und dies für sich offensichtlich gänzlich ausgeschlossen wissen wollte, sich im Januar 1980 aber von der KKL zusammen mit Landesbi-

schof Radtke/Schwerin und Frau OKRätin Lewek vom Sekretariat des BEK delegieren ließ. Ein Stück „Normalität“ mag sich auch in der Tatsache widerspiegeln, dass Potter bei dieser Begegnung nach dem Bericht von Lewek mit Nachdruck immer wieder dazu aufgerufen hat, die Spezifik zu formulieren, die von den Kirchen im sozialistischen Osteuropa in das Gespräch des ÖRK eingebracht werden solle. Nachdem beim ersten Treffen der Kontakt hergestellt worden war und die Zwischenzeit eine positive Weiterentwicklung der dabei getroffenen Vereinbarungen gebracht hatte, würde, so meinte der Generalsekretär offensichtlich, der nächste Schritt darin bestehen müsse, dass die Besonderheit der Beziehungen noch klarer erkennbar wird.

Die Herausforderung ist nach dem Urteil der Berichterstatteerin nur ansatzweise aufgenommen worden.<sup>23</sup> Dennoch sind in den Dokumenten Akzente erkennbar, die „Budapest II“ als einen Beitrag aus den Kirchen in den sozialistischen Ländern deutlich werden lassen. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Rolle der teilnehmenden Kirchen in der ökumenischen Bewegung, nachgeprüft vor allem an ihrer Beteiligung in den Programmen des ÖRK, und eine erneute Standortbestimmung. Letztere ist 1977 vor allem theologisch reflektiert worden. Jetzt nimmt die Konferenz die „Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation“ auf, die wenige Wochen vor dem Treffen von der KKL in Berlin verabschiedet worden und von den Vertretern aus der DDR ausführlich in die Konferenz eingebracht worden war.<sup>24</sup> Sie war entstanden unter dem Eindruck, dass die durch die beiderseitige Aufrüstung verursachten Spannungen (Einmarsch der Sowjetischen Armee in Afghanistan, Nato-Doppelbeschluss u.a.) auf einen neuen Höhepunkt zuzulaufen drohen, und stellt dem die Überzeugung entgegen, dass es zur Entspannung, wie sie seit Helsinki 1975 eingeleitet worden war, keine Alternative gibt. Sie fragt sodann nach dem Beitrag der Christen und sieht diesen in der Aufgabe, zur Versöhnung beizutragen und im Suchen nach Einheit und ökumenischer Gemeinschaft die eigene Friedensfähigkeit zu leben und zu entwickeln. Das Aide Memoire von „Budapest II“ nimmt diese Gedanken auf und unterstreicht ihre Dringlichkeit im Blick auf die Armut in der Welt (wenige Monate später, im Mai 1980, nimmt der ÖRK in Melbourne auf seiner Weltmissionskonferenz dazu Stellung). Es betont auch noch einmal den Gedanken, dass Gewalt nie ein geeignetes Mittel zur Lösung der Weltprobleme sein kann, und geht dann den praktischen Aufgaben der Christen im Dienst an der Versöhnung nach. Mit der Erklärung aus der DDR ruft es zur Mitarbeit an der vorgesehenen

KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf und bekennt sich dankbar zu den Möglichkeiten, die der ÖRK den Kirchen zur Betätigung und zur Gemeinsamkeit bei ihren Aktionen gibt.

Hier ordnen sich die anderen Teile des Dokuments deutlich zu, wenn sie die erheblichen Fortschritte in der Zusammenarbeit der Kirchen aus sozialistischen Ländern mit dem ÖRK in verschiedenen Programmen und bei vielen Aktivitäten beschreiben und wenn dann festgestellt wird, dass der ÖRK einen „offenen Raum“ (open space) für die Kirchen zur Aussprache über Leben und Dienst für Versöhnung und Entspannung bereitgestellt hat.<sup>25</sup> Dabei wird der Team-Visit des ÖRK in der DDR als ein besonders gutes Beispiel vertrauensvoller Zusammenarbeit herausgestellt und bei der Betrachtung der Programmschwerpunkte dem Thema „Einheit der Kirche – Einheit der Menschheit“ erneut besondere Beachtung geschenkt, weil es Gelegenheit gibt, Auftrag und Rolle der Kirchen in der gegenwärtigen Welt zu reflektieren. Das Dokument bleibt aber auch die Kritik nicht schuldig. Am deutlichsten wird die bleibende Unzufriedenheit hinsichtlich der Informationsvermittlung über die Kirchen in den sozialistischen Ländern, eine Aufgabe, der sich der ÖRK wohl bewusst war, die zu lösen aber sicher auch durch den Stab in Genf allein kaum gelingen konnte.

Zu einer insgesamt positiven Bewertung des Treffens kommt auch der Bericht von OKRn Lewek. Er hebt besonders hervor, dass es eine erstaunlich gute und offene Gesprächsatmosphäre gegeben habe, die es möglich gemacht habe, auch „heiße Eisen“ anzusprechen. Als Beispiele werden dafür das Thema „Proselytismus“ ebenso genannt wie Menschenrechtsfragen oder Afghanistan. Natürlich habe zum Beispiel zu dem letztgenannten Problem die russische Delegation eine Erklärung abgegeben. Die Berichtserstatterin habe aber deutlich vernommen, dass sich die ROK darin nicht mit der Position der Regierung der UdSSR identifiziere. Schließlich war es aber wohl auch nicht nur die Atmosphäre, die zu dem guten Ergebnis geführt hat, sondern ebenso die Tatsache, dass man in dem von der DDR-Delegation unterbreiteten Text eine gute Grundlage zu gemeinsamen Aussagen fand. Das wurde dann übrigens auch in dem für die Öffentlichkeit bestimmten Kommuniqué deutlich, das den Schlussteil der Erklärung des BEK übernimmt, und der, wie der Leiter der ROK-Delegation vor der Presse betont, einstimmig beschlossen worden sei: *„Unser Beitrag wird konkret darin bestehen, dass wir die Wege sichtbar machen, die das Evangelium eröffnet und die im politischen Handeln oft aus dem Blick geraten.“*

## *Wir denken*

- *an die Vergebung, die eigenes Handeln und eigene erste Schritte auch dann ermöglicht, wenn sie mit einem Risiko verbunden sind;*
- *an das Privileg, ohne Sorge um sich selbst zu Vorurteilslosigkeit, Offenheit, Vertrauen und Nüchternheit in Verhandlungen und Gesprächen zu ermutigen;*
- *an die mit Gottes Wort gegebene Mahnung, uns selbst, die Kirche und auch unser eigenes Land kritisch zu sehen. Wir wissen, dass niemand allein vollkommen oder allein schuldig werden kann;*
- *an das Gebet, das neben und mitten in aller Aktivität die letzte Entscheidung Gott überlässt.“*

„Budapest II“ kann vor dem Hintergrund der allgemeinen Lage auch noch nach zwanzig Jahren als ein gutes ökumenisches Ereignis angesehen werden. Dabei ist die Bereitschaft der Beteiligten, näher zueinander zu kommen und sich vorhandener Gemeinsamkeiten bewusst zu werden, besonders auffällig. Freilich hatte Philip Potter in seinem eröffnenden Beitrag dazu offensichtlich auch insbesondere herausgefordert, überzeugt von der Wichtigkeit, die Stimmen Osteuropas für die Gemeinschaft der Kirchen auf der „gesamten bewohnten Erde“ zum Tragen zu bringen. Es war nicht nur formal gemeint, wenn er gemäß dem Bericht Lewek sein Referat mit der Erinnerung an ein Sprichwort seiner karibischen Heimat einleitete: „Mit einer Hand kann man nicht klatschen.“ Hier war ökumenische Ostpolitik vor allem „Brückenbau“, wie es das Aide Memoire ausdrückt.<sup>26</sup> Von daher wäre es sicher nicht angemessen, dem Treffen den Trend unterstellen zu wollen, es habe eigentlich auf eine sogenannte „Ost-Ökumene“ abgezielt. Vielmehr war ein echtes dialogisches Verhältnis zwischen den Partnern aus Genf einerseits, zu denen auch Prof. Sabev aus Bulgarien gehörte, und den Vertretern aus den sozialistischen Ländern andererseits entstanden. Die Texte und der Bericht spiegeln vielmehr eine Zusammenkunft wider, bei der mehr die Gemeinsamkeit als die Distanz betont wird.

5. Vom 7. –12. Juni 1982 treffen sich erneut Delegierte aus den Kirchen in den osteuropäischen sozialistischen Ländern in Budapest mit einer vierköpfigen Abordnung des ÖRK-Zentrums in Genf. Die Einladung geht erneut vom ÖRK aus. Den Abschluss bilden wieder die üblichen Dokumente, ein Kommuniqué und ein Aide Memoire. Dennoch ist die Frage berechtigt, ob und wie diese Begegnung als einfache Fortsetzung von „Budapest II“ (1980) angesehen werden kann. Aber auch nicht nur das.

Klopft man die vorliegenden Dokumente<sup>27</sup> sorgfältig ab, so lassen sie sogar auf mehreren Ebenen Widersprüche oder zumindest Spannungen erkennen.

Die von Potter unterschriebenen Einladungsschreiben gehen davon aus, dass bei der Sitzung des Zentralausschusses im August 1981 in Dresden beschlossen wurde, einen Konsultations- und Besuchsprozess unter den Mitgliedskirchen anzuregen, mit dem die Vollversammlung in Vancouver 1983 vorbereitet werden soll. Im Rahmen dieses Prozesses würde auch wieder eine für die osteuropäischen Mitglieder organisierte Konferenz durchgeführt. Thematisch wird sie sowohl von der Bearbeitung des Gesamtthemas der Vollversammlung als auch von den thematischen Programmschwerpunkten dieser Versammlung her gestaltet werden, sowie die spezifischen Beiträge der jeweiligen Teilnehmer aufnehmen und für die Vollversammlung aufbereiten können. Zu erwarten sind deshalb auch die Delegierten, die 1983 nach Vancouver fahren werden. Trotz dieser eigentlich sehr klaren und offensichtlich vom Zentralausschuss beschlossenen Grundvorstellungen schieben sich von Anfang an andere Interessen in das Geschehen hinein. Im ersten vorbereitenden Schreiben des Generalsekretärs vom Dezember 1981<sup>28</sup> wird erwähnt, dass der Ökumenische Rat der Kirchen in Ungarn wieder als Gastgeber auftreten wird. Es scheint dies bereits in Dresden so verabredet worden zu sein. Der Brief erwähnt allerdings nicht, dass nicht nur Delegierte nach Budapest fahren werden, wie aus einer Bemerkung am Rande eines der Einladungsschreiben ersichtlich ist, sondern wiederum Kirchenführer auftreten werden, die nicht unbedingt auch nach Vancouver fahren sollen. Und auch in der thematischen Zuspitzung spielt zumindest in dem Beitrag aus der ROK die strukturelle Frage der Beziehungen der Kirchen in sozialistischen Ländern zum ÖRK eine wesentlich größere Rolle als die inhaltliche Bearbeitung eines der Vancouver-Themen. Das wird wiederum von den DDR-Vertretern (Herrbruck-Protokoll) als unangenehme Überraschung empfunden. Hier ist auch die Beobachtung hinzuzufügen, dass gemäß dem Communiqué der Tagung nicht der Leiter des Außenamtes der ROK wie sonst üblich als der ranghöchste Vertreter der ROK aus der UdSSR angereist ist, sondern Metropolit Filaret aus Kiew, der bekanntlich die zentrale Figur der CFK war und dessen sehr intensive Beziehungen zum KGB nach der Wende bekannt wurden. Entsprechend dazu ist zu beobachten, dass auch der Arbeitsstil der Konferenz in Budapest 1982 viel näher an den bei politischen Konferenzen in sozialistischen Ländern üblichen Methoden ist, als dies ohnehin bei den Treffen der Fall war. Die Sachdiskussionen werden auf ein Minimum her-

untergefahren. Und das Aide Memoire wird ganz offensichtlich von dem Schema Strategie und Taktik bestimmt. Das darf sicher nicht überbewertet oder als Zeichen für geheimdienstliche Vorgaben gewertet werden. Stilfragen sind mitunter viel mehr verinnerlicht, als es den Betroffenen bewusst ist. Aber es ist möglicherweise ein Anzeichen für ein neues Selbstbewusstsein bei den Teilnehmern, vielleicht vor allem aus der UdSSR und aus Ungarn, das nicht zuletzt auch der Vor-Perestroika-Periode zu danken ist.

Auffällig ist zum Beispiel, dass das Aide Memoire ganz offen über die Notwendigkeit spricht, das christliche Zeugnis gegenüber den ideologisch marxistisch gebundenen Menschen zu formulieren, ein Akzent, der bisher viel versteckter eingebracht werden musste. Umgekehrt wird im gleichen Dokument die Tatsache erwähnt, dass westliche Besucher vor allem aus der Dritten Welt die sozialistische Gesellschaft viel öfter auf ihre positiven Seiten hin betrachten, ein Beweis neuen Selbstbewusstseins der berichtenden Kirchen. Andererseits werden in dem Aide Memoire kaum noch inhaltliche Ausführungen gemacht, sondern eigentlich nur dargestellt, dass und auf Grund welcher Spezifik die teilnehmenden Kirchen innerhalb der ökumenischen Bewegung stärker beachtet werden müssten. Wenn irgend etwas, dann vermitteln diese Passagen dem Leser am ehesten den Eindruck, dass sich hier eine fordernde Phalanx gegenüber dem ÖRK bildet.<sup>29</sup> In den Gremien des ÖRK und in der Vollversammlung in Vancouver ist dies aber nicht aufgenommen worden, was sicher nicht heißt, dass es unbeachtet geblieben sei. Sicher war für den ÖRK dabei wichtig, dass dieses Budapest-Treffen nicht die Nummer III der offiziellen Kirchenführer-Begegnungen war, sondern eben „nur“ in der Vorbereitung für Vancouver eine Rolle spielen sollte.

Im Lichte der Diskussionen, die vor der 8. Vollversammlung des ÖRK in Harare mit der Orthodoxie, insbesondere der ROK, über die Vorrangstellung protestantischer Theologie in der Ökumene geführt werden mussten, erscheint nun aber auch noch ein ganz anderer Konflikt des Budapester Treffens von 1982 erwähnenswert, nämlich die Diskussionen, die sich im Anschluss an den DDR-Beitrag ergeben haben.<sup>30</sup> Einer Bitte des ÖRK entsprechend hatten sich die Delegierten aus der DDR einem der Themen im Programm der Vancouver-Vollversammlung zugewandt und als einzige einen Vortrag vorbereitet, der nicht ausdrücklich zum Gesamtthema der Achten Vollversammlung Stellung nahm. Was lag näher, als sich gerade der Friedensfrage anzunehmen, war diese doch das derzeit am breitesten und intensivsten diskutierte Thema der kirchlichen Öffentlichkeit zu Hause.

Vor allem auch die Jugend war daran beteiligt. Die Vorgänge um den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“, der seit der Friedensdekade im Herbst 1981 gebräuchlich geworden war, waren noch lebendige Gegenwart. Unter dem Thema „Friedensverantwortung in den Evangelischen Kirchen in der DDR seit Nairobi“ berichtete Propst Jaeger aus Nordhausen über innerkirchliche Diskussionen, die Diskussionen zwischen Staat und Kirche, die nach dem Spitzengespräch von 1978 eine neue Qualität bekommen hatten, und über grenzüberschreitende Gespräche.<sup>31</sup> Selbst in dem Protokoll der Mitarbeiterin des Bundes, Herrbruck, klingt an, dass der Redner offensichtlich von dem Engagement der Jugend besonders betroffen war. So ist wohl vor allem zu erklären, dass die nachfolgende Diskussion gerade das Thema des Pazifismus aufnahm. Wenn der Vertreter der Evangeliumschristen-Baptisten aus der UdSSR sich in diesem Zusammenhang gegen Bevormundung wehrte, so war dies sicher ein Missverständnis, zeigt aber auch, wie brisant gerade diese Thematik war, und wie weit die Standpunkte und Erfahrungen der beteiligten Gesprächspartner voneinander entfernt waren. Das galt wohl auch für das Thema Staat – Kirche, das entsprechend der Beobachtung der Protokollantin eben dazu geführt haben muss, dass Jaegers Beitrag mehr oder weniger mit Schweigen aufgenommen worden sei. In den Dokumenten der Tagung wird dieser Vorgang nicht erwähnt. Über Frieden äußert man sich dort nur in der gewohnten Weise und mehrfach mit dem Hinweis auf die wenige Wochen vorher durchgeführte große Tagung von Religionsführern in Moskau zur „Bewahrung der Gabe des Heiligen Lebens vor einer atomaren Katastrophe“. Bewegt waren offensichtlich alle gleichermaßen von der Frage, wie es Christen wohl gelingen könnte, einen angemessenen Beitrag zum Frieden zu leisten. Die Wege und Weisen dafür aber waren in verschiedenen Situationen und vor verschiedenen konfessionellen Hintergründen nicht schnell zu synchronisieren. So hinterließ dieses Treffen bei allen wohl eher ein Gefühl des Unwohlseins.<sup>32</sup> Es ist nicht auszuschließen, dass diese Erfahrung unter den Delegierten aus der DDR zu einer weiteren Intensivierung ihrer Beschäftigung mit der Friedensfrage beigetragen hat. Der Antrag, den sie ein Jahr später in der Vollversammlung in Vancouver vorgelegt haben<sup>33</sup>, hat bekanntlich einen wichtigen Anstoß zu dem Beschluss gegeben, den „konziliaren Prozess über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ durchzuführen. Sechs zusammenfassende Beobachtungen sollen den vorsichtigen Versuch machen, die dargestellten Begegnungen im Zusammenhang als ein Stück ökumenischer Geschichte zu bewerten. Die jeweils nationalen

Hintergründe oder die allgemeinen globalen Entwicklungen des behandelten Zeitraums sind nicht dargestellt worden und würden möglicherweise hier oder da die Akzente verschieben, wenn auch vielleicht nur geringfügig. Aber auch eine so erstellte Zusammenschau dieser einmaligen Serie von Zusammenkünften der osteuropäischen und mittelosteuropäischen Kirchen aus sozialistischen Ländern zwischen 1975 und 1982 lässt Schlussfolgerungen zu.

1. Die seit 1958 bestehende Christliche Friedenskonferenz (CFK), die vor allem sehr stark von der Russischen Orthodoxen Kirche gefördert worden war, konnte in der Mitte der siebziger Jahre nicht die Plattform für eine Begegnung aller betroffenen Mitgliedskirchen des ÖRK sein. Indem der ÖRK der an ihn herangetragenen Bitte entsprach und als Einladender für die Budapest-Treffen aktiv wurde, konnte er die Diskussionen selbst beeinflussen und unnötige Konfrontationen verhindern.

2. Der ÖRK hat die gemeinsam formulierten Wünsche der Teilnehmerkirchen ernsthaft gehört und sorgfältig darauf reagiert. Aber er hat auch die Spielregeln beim Ausgleich der Interessen seiner Mitgliedskirchen im Rahmen der seit Jahrzehnten geübten demokratischen Umgangsformen strikt eingehalten.

3. Der ÖRK ist darum bemüht gewesen, sich nicht in „innere Angelegenheiten“ der Mitgliedskirchen einzumischen. Er konnte aber nicht verhindern, dass es zwischen den Kirchen Rückfragen und kritische Einwände gab. Er selbst begriff die verschiedenen Erfahrungen und Spiritualitäten als Reichtum, der in die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen eingebracht werden und darin zum Tragen kommen sollte.

4. Man wird damit rechnen können, dass in der Gestaltung von zwischenkirchlichen Beziehungen Temperamente und Charaktere von Personen eine Rolle spielen. Gelegentlich entsteht in den Dokumenten der Eindruck, als sei Haltung und Interesse des ÖRK-Generalsekretärs Philip Potter für das Gelingen der Budapest-Treffen von Bedeutung gewesen.

5. In der Weltsituation zwischen 1975 und 1982 war das gemeinsame Friedenszeugnis der Kirchen an der Systemgrenze zwischen Ost und West besonders gefragt. Das Zusammentreffen der lokalen und nationalen Hintergründe mit den global orientierten ökumenischen Bestrebungen hat vor allem 1980 zu einer besonders gelungenen Begegnung geführt.

6. Auch wenn gerade im Blick auf das Friedenszeugnis u.U. staatliche Interessen oder wenigstens Duldung in den jeweiligen Ländern eingewirkt haben, ist die Eigenständigkeit kirchlichen Zeugnisses nicht grundsätzlich

zu bezweifeln. In dieser Hinsicht hat sich mit der Wende bzw. Perestroika nach 1989 vieles verändert. Historische und konfessionelle Verschiedenheiten sind jetzt noch härter zu spüren. Sie sind aber auch in dem beschriebenen Zeitraum sehr deutlich erkennbar.

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Bericht aus Vancouver 1983, Frankfurt/M. 1983; 141.
- <sup>2</sup> Das geht aus einem Vermerk hervor, den OKR Pabst nach einem Besuch im Staatssekretariat für Kirchenfragen vom 25. September 1975 angefertigt hat (ZA 101/347).
- <sup>3</sup> Im Herbst 1974 hatte das Exekutiv-Komitee des ÖRK in der DDR getagt, im gleichen Jahr der Zentralausschuss in Westberlin. Etwa zur gleichen Zeit hatte den BEK eine Einladung Moskauer Patriarchats zu einer Kirchenführerkonferenz aus sozialistischen Ländern erreicht. Sie hatte ihrerseits mit den Bemühungen der Russischen Orthodoxen Kirche zu tun, die 1973 erfolgreiche Versammlung von „religiösen Friedenskräften“ auf eine internationale Ebene zu heben. Der BEK nahm die Einladung nicht an und verwies in seinem Absageschreiben auf die ökumenische Lage, die nach der Weltmissionskonferenz von Bangkok entstanden war. Das entnehme ich dem entsprechenden Schreiben von D. Dr. Schönherr.
- <sup>4</sup> Vgl. das von Besier in diesem Zusammenhang erwähnte Schreiben Hickels an Potter vom 6. August 1975. In: KZG 9. Jhg. 1996, 290/291, Anm. 202.
- <sup>5</sup> Pabst fügt in seinem Protokoll vom 26. Juni 1976 hinzu, dass es ungenaue Informationen und Missverständnisse gegeben habe (ZA 101/1165).
- <sup>6</sup> In Auszügen abgedruckt bei G. Besier, a.a.O., 291.
- <sup>7</sup> Vgl. diesen Vorgang in: Krüger/Müller-Römheld (Hg.), Bericht aus Nairobi 75. Frankfurt/M. 1976, 178ff. Die Texte hat der epd in einer Dok. 2/76 vom 12.1. 1976 veröffentlicht. Interessant ist, dass Besier, a.a.O., diesen Zusammenhang nicht herstellt.
- <sup>8</sup> Alle einschlägigen Dokumente sind enthalten in der epd-Dok. 2/76 vom 12.1. 1976.
- <sup>9</sup> A.a.O., 20f.
- <sup>10</sup> Bericht aus Nairobi 1975, 179/180.
- <sup>11</sup> A.a.O., 181.
- <sup>12</sup> Das wird neuerdings auch klar belegt bei V. Borovoi, Die Russische Orthodoxe Kirche und der Ökumenische Rat der Kirchen. In: Hans Vorster (Hg.), Ökumene lohnt sich. Beiheft zur Ökumenischen Rundschau 68, Frankfurt/M. 1998, 276-301.
- <sup>13</sup> Vgl. Willem A. Visser 't Hooft, Die Welt war meine Gemeinde. Autobiographie. München 1974, 247ff.
- <sup>14</sup> Das Institut für vergleichende Staat-Kirche-Beziehungen hat mir Einsicht in die Dokumente der Begegnung der Staatskirchenämter der sozialistischen Länder vom 21.–25. Oktober 1975 gewährt, die eine solche ideologische Einschätzung der Haltung westlicher Kirchenmänner in Sachen Menschenrechte nach dem Helsinki-Abkommen bestätigt. Interessant ist dabei auch, dass die Leiter dieser Ämter bei dem Treffen, das in Budapest stattfand, entsprechende Diskussionen für die Vollversammlung in Nairobi auch schon vorhersehen.
- <sup>15</sup> Vgl. den Brief Hempels an Schönherr vom 24. Februar 1977, in dem er auf die Verhandlungen beim Zentralausschuss eingeht: „Das Budapest-Treffen geht letztlich auf ein ungarisches Petitum in Nairobi zurück. Praktisch war der Inhalt des Petitums: ‚Wir wol-

- len mehr Einfluss.' Potter läßt dazu ein in seiner gewohnten Fairness. Ich habe in Genf nicht hinter dem Berge gehalten, dass ich die evangelischen Kirchen in den sozialistischen Ländern in den Arbeitsgremien des ÖRK zur Zeit nicht für unterrepräsentiert halte, dass mir demzufolge der Vorstoß der Ungarn ziemlich durchsichtig erscheint ... Kurzum: Die Genfer haben keine große Lust zu der Budapestergeschichte. Ich konnte sie ihnen auch nicht größer machen. ... Wenn ich mir einen Rat erlauben darf: Wenn Sie hinfahren, wäre es nicht gut; ansonsten würde ich es nicht zu hoch anbinden“ (ZA 101/1142).
- 16 Das Rundschreiben vom 11. März 1977 ist in Englisch geschrieben und enthält auch einen vorläufigen Ablaufplan für die Tagung. Vgl. ZA 101/1142. Die Übersetzung ist von Johannes Althausen.
- 17 Die folgenden Zitate sind dem im ZA 101/1142 vorhandenen Exemplar, einer deutschen Übersetzung des ÖRK-Sprachendienstes entnommen.
- 18 Sie ist dem Dokument (vgl. Anm. 17) beigelegt.
- 19 So habe ich es 1974 bei einer „Goodwill-Tour“ in den USA und 1977 anlässlich einer Konferenz in Sierra Leone feststellen müssen.
- 20 Vgl. das entsprechende Aide Memoire vom Januar 1980 unter Punkt 3.
- 21 Es sind außer der Einladungskorrespondenz mit Schreiben von Potter und Raiser auch die als Vorbereitungsmaterial gedachten Dokumente des ÖRK ebenso vorhanden wie das Aide Memoire in der vom ÖRK verschickten engl. Fassung, als auch in der deutschen, im BEK angefertigten Rohübersetzung, dazu das Kommuniké, das der epd veröffentlicht hat, ebenfalls in Deutsch und in Englisch, und ein ausführl. vervielfältigter Bericht von OKRn Lewek, der eine Menge Einzelinformationen enthält (EZA 101/1182).
- 22 Vgl. Anm. 15.
- 23 A.a.O., S. 5.
- 24 Der Wortlaut der Erklärung ist zu finden in „Kirche als Lerngemeinschaft“, Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Berlin 1981, 262–265. In dem Aide Memoire, 5.
- 25 Auf Seite 2 wird der ÖRK eine „Brücke“ genannt.
- 27 Außer den genannten gehört dazu auch ein ausführliches Protokoll der Sekretärin der Ökumenischen Kommission des BEK, Pfrin. Maria Herrbruck, die zusammen mit sechs anderen Delegierten für die 6. Vollversammlung des ÖRK an dem Treffen teilnahm. Vgl. ZA 101/1146.
- 28 Auch die Einladungen finden sich in der genannten Akte (ZA 101/1146).
- 29 Das gilt vor allem für Abschnitt II,6 des Aide Memoire, der „die Zeit für gekommen“ hält, dass nun die Vertreter aus den sozialistischen Ländern an den Leitungsgremien des ÖRK wirklich beteiligt werden, und zwar auf der Basis der Gleichberechtigung, d.h. wohl vor allem zahlenmäßig. Man kann vermuten, dass dahinter die Erwartung stand, in Vancouver im Präsidium des ÖRK Platz nehmen zu können.
- 30 Die Vorgänge werden ausführlich und durchaus selbstkritisch von Herrbruck in ihrem Protokoll a.a.O. berichtet.
- 31 A.a.O., 4.
- 32 Maria Herrbruck notiert in ihrem internen Protokoll dabei durchaus auch selbstkritische Reflexionen, mit denen sie vor allem fragt, ob von DDR-Seite her die ökumenische Lage in Osteuropa richtig eingeschätzt worden sei. A.a.O., 5.
- 33 Der Antrag ist abgedruckt in „Vancouver 1983. Zeugnisse, Predigten, Ansprachen, Vorträge, Initiativen“. Beiheft zur ÖR 48. Frankfurt/M. 1984, 203–206.